

Für alle, die nicht an der Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung sowie des Planungs-, Umweltschutz-, Grünflächen- und Stadtentwicklungsausschusses am 11.02.2019 teilnehmen konnten, empfehlen wir, unsere Niederschrift der Sitzung zu lesen. Sie zeigt, wie hitzig und engagiert es zugegangen ist!

[Die Niederschrift ist kein Wortprotokoll und stellt ein Ergebnisprotokoll dar. Sie ist auch nicht mit Dritten abgestimmt. Sollte sich jemand falsch wiedergegeben fühlen, dürfen wir um Rückmeldung bitten!]]

Wir danken der Protokollantin, die sich in den Dienst unserer Sache, der Initiative gegen die L4n gestellt hat und in der Sitzung auf das Stellen von Fragen verzichtet hat.

Wir sagen: DANKE!!!!

Ergebnisprotokoll der 26. Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung, sowie 27. Sitzung des Planungs-, Umweltschutz-, Grünflächen- und Stadtentwicklungsausschusses am 11.02.2019 17 Uhr im Ratsaal des Rathauses Dinslakens

Eröffnung und Willkommen mit dem Hinweis, dass der Punkt Bürgerfragestunde wirklich eine Zeitstunde in Anspruch nehmen darf, u. a. mit der Begründung, dass es sich um eine Vielzahl von Anfragen handelt und da es eine Sitzung für zwei Ausschüsse ist (Zeit wird verdoppelt).

Dr. Palotz bittet um die schriftlich eingegangenen Fragen in der Reihenfolge der Einreichung.

Ein Bürger („Vor dem Hintergrund: weit höhere Baukosten für uns Bürger; der Verzögerung der Verkehrsberuhigung Hünxer Straße für Lohberger Bürger, Kindergarten- oder Parkbesucher; nicht mögliche Umsiedlung geschützter Arten; Zerstörung eines Naherholungsgebietes; Rodung einer Vielzahl von Bäumen; sinnlos gewordene und erst 2016 errichtete Fußgängerbrücke über den Lohberger Entwässerungsgraben; unklare Grundstücks-Kaufkosten und damit verbundene Klagekosten, frage ich, warum an der im Regionalplan Ruhr vorgesehenen Neubauvariante trotz Ihrer Kenntnis über die Ausführungen in der „Einleitung zum Regionalplan“ und in den „Perspektiven zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr“ sowie der Vereinbarung über Ausbau vor Neubau, festgehalten werden sollte? Er fügt hinzu, dass die Reparatur der vorhandenen Straßen Tenderingsweg und Schwarzer Weg von der vorhandenen Breite völlig ausreichend wären.) und Frau Lesaars schriftliche Anfragen (Warum beabsichtigt die Stadt Dinslaken nicht, im Rahmen ihrer Stellungnahme zum Regionalplan Ruhr auf die rechtlichen Vorgaben u. a. des Landes NRW zu verweisen, wonach für Verkehrswege gilt, den „Ausbau vor dem Neubau“ zu beachten) werden von Dr. Palotz zusammengefügt, da gleicher Inhalt. Er zitiert den Regionalplan Punkt 6.1 („...Ausbau zu prüfen sei.“). Dieser sagt, dass es keine räumliche Festlegung der Trasse gibt. Der Verlauf wie im Plan angedeutet, schließt eine Führung über den Tenderingsweg und Schwarzem Weg nicht aus.

Die schriftliche Frage eines Bürgers (Nach Presseinformationen argumentiert der Bürgermeister Hünxe, dass eine Trassenführung der L4n über den Tenderingsweg

und Schwarzer Weg eine Zerschneidung der Landschaft bedeuten würde. Aus meiner Sicht stellt die L4n in der im Regionalplan Ruhr vorgesehenen Trasse nicht nur eine Zerschneidung der Landschaft sondern zusätzlich noch eine Zerschneidung unseres Naherholungsgebietes und der Natur dar. Teilen Sie meine Auffassung?)
Antwortet Dr. Palotz: Ja, die Stadt teilt diese Auffassung. Es gibt eine detaillierte Auseinandersetzung im Regionalplan Ruhr. Mit der Umsetzung der geplanten Trasse werden erhebliche Umweltauswirkungen auf 7 Umweltkriterien prognostiziert.

Auf die schriftliche Frage (Wurden seitens der Stadt jemals geprüft, welche negativen Auswirkungen der Bau der L4n auf die Tier- und Pflanzenwelt in dem betroffenen Bereich hätte?) beantwortete Herr Dr. Palotz, dass es eine Umweltverträglichkeitsstudie aus dem Jahr 2010 gibt. Diese wird derzeit aktualisiert.

Frau Tackenberg's schriftliche Eingabe (Die Seite 26 der Beschlussvorlage Nr. 1859 der Stadt Dinslaken („Darstellung der L4n-Trasse“) ist von der Gemeinde Hünxe kopiert und auf der Seite 4 in deren Vorlage 863/IX vom 04.01.2019 zum Regionalplan Ruhr eingefügt worden. In beiden Vorlagen ist Folgendes zu lesen: „ Da dieser Trassenabschnitt sowohl auf Dinslakener als auch auf Hünxer Stadt- bzw. Gemeindegebiet verläuft, ist eine Planungsvereinbarung, die eine Absichtserklärung zur gemeinsamen Realisierung enthält, geschlossen worden.“ Des Weiteren wird festgestellt: „Für den Teilabschnitt zwischen B8 und L1 findet zurzeit ein Dialogprozess zwischen den relevanten Akteuren mit dem Ziel der Trassenfindung statt. Da zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse vorliegen, kann die bisherige Darstellung dieses Trassenabschnitts bestehen bleiben.“ Vor diesem Hintergrund frage ich, ob Sie aus Gründen der Transparenz für alle Beteiligten, Betroffenen und BürgerInnen die Planungsvereinbarung öffentlich machen und, ob Sie den politischen Gremien eine geänderte Stellungnahme zur Beschlussfassung vorlesen werden, in der die Stadt Dinslaken fordert, dass die L4n in der Trassenführung von Hünxer Str. bis B8 im Regionalplan Ruhr entfällt und als Ersatz die L4n mit dem Verlauf über die Straßen „Schwarzer Weg“ und „Ternderingsweg“ als Bedarfsplanmaßnahme im Regionalplan Ruhr aufgenommen wird?) erhält eine sehr schnelle vorgelesene Antwort, die von der Protokollantin nicht in Gänze wiedergegeben werden kann. Dr. Palotz verweist weiter auf die Vorlage 1069, die im Ratsinformationssystem eingesehen werden kann und stellt fest, dass keine räumliche Festlegung vorliegt. Eine Forderung einer Trassenführung über den Tenderingsweg und Schwarzer Weg ist nicht vorgesehen. Eine Festlegung widerspreche dem zwischen der Stadt Dinslaken und der Gemeinde Hünxe vereinbarten Dialogverfahren.

Frau Tackenberg verteilt Kopien, in der die Stellungnahme der Stadt Dinslaken und der Gemeinde Hünxe zum Regionalplan Ruhr bezüglich der L4n dargestellt sind. Frau Blaszczyk erläutert, dass nach ihrer Auffassung die Gemeinde Hünxe in ihrer Stellungnahme der Stadt Dinslaken schon weit voraus ist: Zum einen suche man vergeblich nach einem Hinweis auf das „Dialogverfahren“. Vielmehr vertritt die Gemeinde Hünxe folgende Auffassung und zitiert: ..."Dem Ziel (Anmerkung: 6.1-2 Ziel Freiraum vor weiterer Inanspruchnahme schützen) kann zugestimmt werden. Für den Ausbau der L4n wird Freiraum in Anspruch genommen. Es ist daher vom Planungsträger ein entsprechender Nachweis zu führen. Unter diesen Umständen kann die Verwaltung dem Ziel zustimmen.“ Da sich die Gemeinde Hünxe damit positioniert hat, fragt Frau Blaszczyk, warum sollte sich die Stadt Dinslaken in

ihrer Stellungnahme zum Regionalplan Ruhr nicht positionieren?
BM Dr. Heidinger entgegnet, dass er keine Positionierung der Gemeinde Hünxe erkennen könne.

Frau Blaszczyk führt fort und fragt unter Bezugnahme auf § 37 Straßen- und Wegegesetz NRW (danach erfolgt die Linienbestimmung zur Festlegung des Trassenverlaufs einer Landstraße in einem Verfahren, an dem die Träger öffentlicher Belange und die Bürger*innen und Bürger zu beteiligen sind), ob das Dialogverfahren bereits ein Teil dieses Verfahrens darstellt?.

BM Dr. Heidinger erklärt, dass dies nicht der Fall sei. Bei dem Dialogverfahren handele es sich um ein Verfahren, das dem Linienbestimmungsverfahren vorgeschaltet ist und auf Empfehlung des Landes durchgeführt wird. Auf den Hinweis der Äußerungen des Bürgermeisters Buschmann laut Zeitungsartikel der laut Zeitung vom 08. Februar 2019 (Das Dialogverfahren sei die letzte Möglichkeit sich in das Verfahren zur Linienbestimmung einzubringen), fragt Frau Blaszczyk nach, dass also noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt ein Beteiligungsverfahren zur Linienbestimmung, an dem die Bürger und Bürgerinnen teilnehmen werden, stattfinden wird. Das bestätigt BM Dr. Heidinger.

Frage einer Bürgerin: Sie sieht keinen Bedarf einer L4n. Warum gibt es keinen Ausbau der A59 in Richtung Wesel?

Dr. Palotz: Der Bedarf einer Trasse ist vom Land mit der Dringlichkeit Stufe 1 versehen worden.

Frage eines Vertreters der Bauernschaft Hünxe: Ab wann wurden die Betroffenen der Bauernschaft mit einbezogen? Agrarflächen gehen verloren; ist ein Breitbandanschluss vorgesehen (Höchstleistungsleitungen sollen auch ländliche Regionen erreichen)?

Dr. Palotz: Das Verfahren läuft noch. Es werden andere Freiflächen für den Agrarbereich freigegeben (z. B. in Eppinghoven und Barmingholten). Es gibt ansonsten noch keine Konkretisierung welche Flächen wo zugeteilt werden.

Frage eines Bürgers: Was bringt eine L4n für Dinslaken? Dinslaken partizipiert nicht von einer L4n.

Dr. Palotz: weist auf die Verkehrsentwicklung in der Stadt hin. (Er zeigt mehrere Folien (IGS-Anlagen), die zeigen, dass in 2030 mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens um 40 % zu rechnen ist.) Die neue Regierung möchte den Verkehr dem Bedarf anpassen mit sogenannten Redundanzverbindungen, die auf dem technischen Prinzip basieren, dem Verkehrsproblem auszuweichen. (Weitere Folien folgen, 2 bis 6:) Argumente für die Entlastung von Dinslakener Straßen, wie z. B. die Augustastraße und B8: Hier warten Fahrradfahrer und Fußgänger extrem lang an den Überwegmöglichkeiten. Die Rückstausituation an der Augustastraße kann behoben werden. An der Gärtnerstraße hat es bereits Gespräche mit den Anwohnern gegeben, die für eine Entlastung sind.

Nachfrage: Der Verkehr findet hauptsächlich auf der B8 statt. Eine L4n nimmt nicht den Druck heraus. Die Zahlen werden bezweifelt, die Stadt trägt hier eine taktische Auslegung der Daten vor. Kein Dinslakener würde die L4n nutzen. Wer hat diese Daten erhoben?

Dr. Palotz: Die Daten der Verkehrserhebung sind aufgrund von Prognosen erstellt worden.

Frage eines Bürgers zum Thema Dialogverfahren: Sehen Sie Chancen Lösungen in der Mitte zwischen Lohberger Entwässerungsgraben und Schwarzer Weg zu finden?
BM Heidinger: Er empfiehlt auf den Dialogprozess einzugehen, in dem eine Kosten-Nutzen-Analyse dargestellt wird. Bürgerinnen und Bürger dürfen fragen. Dann wird man sehen, ob es einen Kompromiss geben kann. Auch wenn es keinen Kompromiss gibt, muss das Land damit arbeiten.

Frage eines Bürgers: Wann startet der Dialogprozess? Wer moderiert ihn? Wer wird eingeladen?

Mike Gode (IFOK, zuständig für das Dialogverfahren, zeigt ebenfalls Folien): Der Dialogprozess ist Auftrag des Landes. Er sieht eine Riesenchance wegen der offenen Planungssituation. Eine frühe Beteiligung aller ist möglich. Es gibt Zeit den Bürgerinnen und Bürgern die Planung besser verständlich zu machen und ihnen Beratung zu geben. Es gibt vier Eckpfeiler, auf denen ein Dialogprozess basiert:

1. sachlich
2. fair und ausgeglichen (z. B. dass auch Hünxer Perspektiven mit einbezogen werden)
3. ergebnisoffen
4. strukturiert

Der Dialogprozess bietet eine Bündelung der Eingaben.

Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, an der ersten diesbezüglichen Veranstaltung etwa Mitte Mai 2019 teilzunehmen. Danach wird in einem kleineren Kreis (Dialogforum) gearbeitet.

Die Ratsmitglieder haben das Recht des Informiert seins.

Es ist eine Zeitschiene bis 2021 vorgesehen. Derzeit finden Vorgespräche mit Dinslaken und Hünxe statt, um die Teilnehmer zu benennen. „Wir werden auf Sie zukommen“. Bürgervertreter werden einbezogen (per Zufall ausgewählt), hierfür kann sich jeder bewerben.

Außerdem wird Straßen NRW an den Sitzungen des Dialogforums teilnehmen. Hier wird die Kosten-Nutzen-Analyse genau betrachtet. Es gibt Variantendiskussionen. Am Ende wird ein Ergebnis vorhanden sein, welches transparent dargestellt wird (Darstellung der Diskussionen, auch Minderheitenmeinungen werden genannt). Dies alles wird der Öffentlichkeit vorgestellt. (Folie eines paritätisch besetzten Dialogforums mit ca. 30 Personen)

Frage einer Bürgerin: Sie lebt seit 50 Jahren in Dinslaken. Sie ist enttäuscht, was in den vielen Jahren aus Dinslaken geworden ist, aus der ehemals grünen Stadt. Sie sieht keine Entlastung durch die geplante L4n. Die Entwicklung der Augustastraße ist beschämend. Sie ist selbst schwerbehindert aufgrund eines Verkehrsunfalls und ist auf ein Dreirad angewiesen. Auf der geplanten Augustastraße müsse sie nach dem Umbau auf der Straße fahren und nicht mehr wie jetzt auf dem Fahrradweg/Bürgersteig. Sie ist außerdem auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen und muss aus Bruch zwei Busse nehmen um in die Innenstadt zu kommen. Warum kann man hier keinen Bürgerentscheid anbieten, wie am Beispiel der Stadt München?

Antwort BM Dr. Heidinger: Solche Veranstaltungen wie diese und das Dialogverfahren sind dazu da, Belange mit einfließen lassen zu können. Ein Bürgerentscheid ist rechtlich nicht zulässig, da das Land für die Straßen zuständig ist und sagt, ob eine Straße kommt oder nicht. Ihm ist wichtig, dass im Dialog die Aspekte von Bürgerinnen und Bürgern einfließen.

Nachtrag der Bürgerin: Sie hat ihm (BM Dr. Heidinger) vertraut, dass er hinschaut.

Frage einer Bürgerin: Hat die Stadt bzgl. der Verkehrsbelastung der Augustastraße den Verkehr der anliegenden Gewerbetreibenden mit betrachtet. Durch deren Verkehr wird es nicht weniger.

Antwort: Es gibt Zählungen, die dieses mit einbeziehen.

Frage einer Bürgerin: Sie wohnt selbst an der Augustastraße. Wer hat die Kosten-Nutzen-Analyse gemacht?

Antwort Dr. Palotz: Das Land.

Nachfrage: Kann nur noch das Land helfen? Müssen wir uns an den Petitionsausschuss des Landes wenden?

Antwort Dr. Palotz: Die Gesetzeslage bzgl. der L4n sieht so aus, dass Planungen und Bau noch nicht durch Straßen.NRW angestoßen sind.

Nachfrage: Ist das Gutachten der Kosten-Nutzen-Analyse einsehbar?

Antwort: Die Stadt wird darum bitten, dass diese einsehbar gemacht wird.

Frage Frau Franzkowiak: Sie wohnt auf der Katharinenstraße und ist Sprecherin der Initiative „Kies-wider-Willen“. Der Landesstraßenbedarfsplan sieht immer noch den Ausbau von Tenderingsweg und Schwarzer Weg vor. Und jetzt soll es diesen Schlenker durch das Naherholungsgebiet geben? Wie kommt das? War Dinslaken dabei? Des Weiteren gab es 2009 die UVS-Analyse, die besagt, dass eine Trasse entlang des Entwässerungsgrabens nicht möglich ist, da dies ein großes Konfliktpotenzial darstellt. Ist dies sinnvoll? Die Gemeinde Hünxe hat ein Entwicklungskonzept vorgelegt und sich insoweit auch schon auf eine Trasse festgelegt, die nicht auf Tenderingsweg und Schwarzer Weg verläuft, sondern durch das Naherholungsgebiet geht. Warum setzt sich Dinslaken nicht dafür ein, dass die Trasse der L4n auf der bereits heute genutzten Verkehrsverbindung Tenderingsweg und Schwarzer Weg gelegt wird?

Antwort BM Dr. Heidinger: Es gibt keine Vorfestlegung! Dies ist die Grundlage! Es macht Sinn alle Einwände im Dialogprozess mit einzubinden. Dinslaken hat großes Interesse daran, dass sich die Bürger in den Dialogprozess einbringen.

Hinweis des Sitzungsleiters: Bitte keine Foto- und Tonaufnahmen)

Einwurf eines Bürgers: Dinslaken hat die Pflicht auf die Gesundheit seiner Bürger zu achten!

Sitzungsleiter: Die Stunde ist um.

Einwurf eines Bürgers: Das Adjektiv „sachlich“ kann man nicht sehen bei so einer guten tendenziösen Präsentation; es ist keine Sachlichkeit vorhanden.

Kind: Wenn die B8 entlastet werden soll und die meisten die L4n nicht nutzen, sondern hauptsächlich die B8, warum werden die Busverbindungen nicht verbessert?

BM Heidinger: Danke für den Hinweis. Die ganze Maßnahme macht nur Sinn, wenn die Zahlen stimmen, man gemeinsam redet und sich im Dialogprozess mit einbringt.

Frage Ratsmitglied: Warum wird die Trassenlinie der L4n nicht aus dem Regionalplan Ruhr herausgenommen?

Antwort Dr. Palotz: Das Dialogverfahren muss erst stattfinden. Die Linie stellt keine

planerische Festlegung dar.

Ratsmitglied Özen (SPD): In erster Linie sollen die gewählten Vertreter die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen. Die Entlastung ist auch im Interesse von Hünxe. Er findet die Resolution der Gemeinde Hünxe sehr ärgerlich, die den Ausbau des Schwarzer Weg und Tenderingsweg ablehnt. Die dargestellte Trassenführung stellt eine einseitige Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger dar. Er ist dafür, dass die gestrichelte Linie entfernt wird. Seine Fraktion mache dies nicht mit.

Ein Ausschussmitglied: Bittet um Unterbrechung, damit sich die einzelnen Fraktionen besprechen können.

Ein weiteres Ausschussmitglied stellt fest, dass Verkehrsaufkommen immer statistisch betrachtet werden. Auf welcher Grundlage würden die genannten Zahlen basieren?

Dr. Palotz: Aus der Sicht der Verkehrsplaner stellt eine Belastung einer möglichen Trasse mit durchschnittlich 10.000 bis 15.000 Fahrzeugen pro Tag eine mäßige Belastung dar. Er weist auf den bevorstehenden Dialogprozess hin.

Ausschussmitglied: Welche Position hat / haben der Bürgermeister oder/und die Stadt Dinslaken zur geplanten B8n (Ausbau der A59)? Welche Folgen hätte dies für eine L4n? Warum wird ein Stadtbuskonzept des ÖPNV nicht verfolgt?

Der Dialogprozess stellt die einzige Chance für eine Kompromissfindung dar. Welche Einwände könnten die Trassenführung ändern?

BM Heidinger: Er hat sich dafür ausgesprochen die B8n aus dem Regionalplan zu nehmen. Eine Entlastung der B8 kann nur durch eine Kombination von Maßnahmen u. a. auch durch eine L4n stattfinden.

Für den ÖPNV muss die Stadt zurzeit kein Geld ausgeben. Wenn die Stadt allerdings Ansprüche/Forderungen an den ÖPNV stellt, müsste sie dafür zahlen.

Im Bürgerdialog muss geklärt werden, was wir wollen. Im Dialogprozess werden alle beteiligten organisierten Gruppen sowie ausgeloste Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen. Auf der ersten öffentlichen Veranstaltung findet diese Auslosung statt.

Ein Ratsmitglied ist für die Herausnahme der Linienführung.

Antrag auf Weglassung der Trassenlinien.

-Unterbrechung der Sitzung-

Ausschussmitglied (Grüne): Er begrüßt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und ist für die Streichung der Linienführung.

Wie sieht die Verlosung der 5 Bürgerinnen und Bürger und die Zusammenstellung der organisierten Gruppen / Bürgerinitiativen aus?

Antwort IFOK-Vertreter: Es gibt noch keine festen Zahlen. Auch die Adresslisten sind noch nicht fertiggestellt. Fest steht, dass ein essentieller Teil den Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachleuten zugesprochen wird.

Ratsmitglied: Die Fraktionen haben die vorliegenden Informationen erst am 16.01.2019 von der Stadt bekommen. Es gab kaum Zeit sich innerhalb der Fraktion damit auseinanderzusetzen. Er ist für eine Abstimmung die Darstellung der L4n aus dem Plan zu streichen.

Abstimmung zum Antrag die im Regionalplan Ruhr dargestellte Linie der L4n zu streichen:

Beide Ausschüsse stimmen der Streichung einstimmig zu.



Initiative gegen die L4n
Irina Blaszczyk und Susanne Tackenberg